

Herborner Tageblatt.



Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Ersteht an jedem Werktag. Bezugspreis: Vierteljahr 3,- M. ohne Bringerlohn.	Druck und Verlag J. W. Beck'sche Buchdruckerei Dito Beck.	Inserate: Kleine Letzseite 20 Bfg. Fernruf: Nr. 20. Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.
Nr. 269.	Freitag, den 15. November 1918.	75. Jahrgang.

Lebensmittel für Deutschland.

Amerikanische Note an die Reichsregierung.

Neben den verschiedenen Rundgebungen von regierender und privater Seite wegen der harten Waffenstillstandsbedingungen haben nun auch die deutschen Katholiken ihre Stimme erhoben. Sie wenden sich an den Papst und bitten ihn im Namen der Menschlichkeit, der Grundsätze der Religion und der Liebe, bei den Verbündeten für das Recht zum Leben des deutschen Volkes einzutreten. In Amerika scheint der Appell der Reichsregierung gewirkt zu haben, wie folgende Meldung aus Washington zeigt:

Auf den Appell des Reichskanzlers Ebert schickte Wilson eine beruhigende Antwort an das deutsche Volk. Er verspricht, mit Lebensmittellieferungen zu helfen, um den Notstand zu lindern. Gleichzeitig verlangt er aber die Versicherung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten werde und daß eine gerechte Lebensmittelverteilung garantiert werde.

Witterweile ist in Rotterdam ein Funkpruch des schweizer Gesandten in Washington an das Ministerium des Äußeren in Bern aufgefunden worden. Der Gesandte teilt darin mit, daß er dem amerikanischen Staatsdepartement unverzüglich die Mitteilung der deutschen Regierung zugeleitet habe. Staatssekretär Lansing ersuchte den Gesandten zur Übermittlung folgender Antwort:

Wortlaut der amerikanischen Antwort.

In der gemeinsamen Sitzung beider Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an vielen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelfarb Schritte getan werden sollen, um diese Unterstützung in derselben systematischen Weise zu organisieren, wie es im Falle mit Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß mit Hilfe des künftigen Schiffverkehrs der Mittelmächte es alsbald möglich sein müsse, ihre unterdrückte Bevölkerung von der Nahrung vor völliger Verelendung zu befreien und ihren Sinn und ihre Energie für die großen und gewaltigen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues freizumachen, denen sie überall gegenübersteht. Dementsprechend beauftragte mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Velleierung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu stehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin ist und bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbleibt ist.

Im englischen Unterhause sagte der Lebensmittelkontrollleur Clunes, daß die Kontrolle über die Vorräte und Preise einzuweilen bestehen bleiben müßten. Die Alliierten hätten die Pflicht, die notleidenden Länder zu ernähren und es sei ihm eine Genugtuung, daß es ihm möglich gewesen sei, mit dem Lebensmittelkontrollleur der Vereinigten Staaten eine internationale Organisation zu schaffen, durch die den hungernden Gegnern Hilfe gebracht werden könne. Die alliierten Länder hätten zwar den Vorrang, aber gleichzeitig bestünde die Pflicht, für die so fortigen Bedürfnisse der gegnerischen Länder Sorge zu tragen. Maßnahmen zu rascher Hilfeleistung würden getroffen.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Aber Belgien wird gemeldet, daß die Entente-Truppen noch bis Ablauf des 16. November in ihren Stellungen bleiben werden. Dann werden sie täglich 16 Kilometer vorgehen. Die Deutschen müssen also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden. Nach einem aufgefundenen Telegramm des Oberkommandos der Alliierten an das deutsche Oberkommando können nunmehr keine weiteren Veränderungen in den Bedingungen vorgenommen werden. Es würde noch eine Ausdehnung der Räumungsfrist für Belgien, Luxemburg und Elsass Vorbringen von vierundzwanzig Stunden zu der schon bewilligten weiteren vierzehn Tagen zugestanden. Bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes gaben die deutschen Bevollmächtigten noch eine Erklärung ab, daß bei rückwärtiger Durchführung der Bedingungen der deutsche Volk in Hungersnot stürzen müsse. Das deutsche Volk, das 50 Monate Handgefaßten habe gegen eine Welt von Feinden, werde ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leide aber es sterbe nicht. Vertreter der Entente sind in Spa eingetroffen, um dort mit unseren Delegierten die mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zusammenhängenden Fragen weiter zu besprechen.

Hindenburgs Funkpruch an alle.

Das deutsche Hauptquartier in Wilhelmshöhe.
Kassel, 14. November.

Das Große Hauptquartier mit Generalfeldmarschall von Hindenburg an der Spitze ist heute vormittag in Wilhelmshöhe eingetroffen und hat im dortigen Schlosshotel, das schon für die Aufnahme Vorkehrungen getroffen hatte, Wohnung genommen. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat folgendes Funkpruch ergeben lassen:

Funkpruch an alle, besonders an die Heeresgruppen Hindenburg.
Ich sehe nach wie vor an der Spitze der Obersten Heeresleitung, um die Truppen in Ordnung gefehigt, in die Heimat zurückzuführen. Ich erwarte, daß alle Kommanden, Behörden, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auch weiterhin ihre Pflicht tun. Dies ist allen Truppen bekanntzugeben.
v. Hindenburg.

Die linksrheinische Bevölkerung wird amtlich aufgefordert, sich nicht durch Gerüchte beunruhigen zu lassen, nach denen die Alliierten beabsichtigen, bei der Befreiung dieser Gebiete die wehrpflichtige deutsche Bevölkerung zu internieren. Demgegenüber wird festgestellt, daß diese Befürchtung gänzlich haltlos ist. Auf Seiten der Entente bestehen für eine solche Maßregel nicht die geringsten Gründe.

Verschiedene Meldungen.

Berlin, 14. Nov. Nach einer nicht bestätigten Nachricht aus Schleswig-Holstein soll das U-Boot-Schiff „Schlesien“ torpediert worden sein. Nach Gerüchten soll dies bei einem Kampf zwischen revolutionären Schiffen und der kaiserlichen „Schlesien“ geschehen sein. Diese sei mit über 300 Mann gesunken.

Osaka, 14. Nov. Der ehemalige deutsche Botschafter wurde mit seiner militärischen Begleitung nach England gebracht, wo er auf dem Schloß des Grafen Rietberg interniert wird.

Stockholm, 14. Nov. „Roa Dagligt Utbånda“ erzählt aus angeblich zuverlässiger Quelle: In den allerersten Tagen, vielleicht morgen, wird ein englisches Geschwader den Belt mit dem Bestimmungsort Neapel passieren.

London, 14. Nov. Die Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff „Audacious“ nördlich der irischen Küste am 27. Oktober 1914 auf eine Mine gesunken und gesunken ist. (Die damalige deutsche Meldung wurde bisher von der englischen Admiralität bestritten.)

Wien, 14. Nov. Nachrichten richtete an den ungarischen Nationalrat eine Depesche, in der er mitteilt, daß er sein Hauptquartier in Hermannstadt aufgeschlagen habe und die Regierung bittet, den Durchzug des deutschen Heeres zu unterlassen.

Rotterdam, 14. Nov. Nach der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ verläutet in hiesigen Schiffsfahrkreisen, daß die Alliierten alle deutschen Schiffe auf eine bestimmte Zeit zu hartern beabsichtigen, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt in die Hand zu nehmen. Die Kriegsschädigung werde sich um den Betrag dieser Schiffe weiter verringern.

Rotterdam, 14. Nov. Die Flotte der Verbündeten ist am 12. November in die Dardanellen eingefahren. Gestern ist die Flotte vor Konstantinopel angekommen.

Kopenhagen, 14. Nov. Dänische Propagandastellen melden aus Odsher: Die Engländer sollen nachmittags die Funkstation Warnemünde besetzt haben.

Ruf nach der Nationalversammlung.

Gründung von Bürgeräten.

Berlin, 14. November.

Der vorbereitende Ausschuss zur Gründung von Bürgeräten hat sich gebildet und einen Aufruf zur Bildung eines Bürgerates für Groß-Berlin erlassen. Er lautet:

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Staats- und Wirtschaftslebens ist die Mitarbeit des Bürgertums nicht zu entbehren, dessen volle Gleichberechtigung bei allen staatlichen Maßnahmen wir zu wahren entschlossen sind. Die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung sowie des Wirtschaftslebens werden wir unterstützen. Indem wir uns auf den Boden der vollzogenen Tatsachen stellen, verlangen wir die schleunige Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grundlage eines gleichen und unbehinderten Wahlrechts aller Schichten der Bevölkerung. Eine einberufende Bürgerversammlung wird über die einzelnen Aufgaben des Bürgerates befinden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages, ebenso die Landtagsfraktion, ferner die nationalliberale Fraktion des Reichstages erlassen Aufrufe, in denen ebenfalls die Notwendigkeit der Einberufung der Nationalversammlung hervorgehoben wird. Eine konservative Rundgebung erwähnt die Parteifreunde, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die auf Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Lebens und des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen.

Volkswissenschaften gegen die Nationalversammlung.

Partei Diebnecht-Rosa Luxemburg.

Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt ein Teil der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sich von dieser loszulösen und zur Gruppe Diebnecht überzugehen. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einberufung einer Nationalversammlung. Während die Führung der unabhängigen Sozialdemokratie gleich der Sozialdemokratie eine rein demokratische Entwicklung anstrebt, hält der linke Flügel der Unabhängigen an der Diktatur des revolutionären Proletariats im bolschewistischen Sinne fest.

Die Spartakus-Gruppe, die bisher der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörte, beabsichtigt, sich in einer öffentlichen Versammlung als selbständige politische Partei zu konstituieren. Karl Diebnecht und Rosa Luxemburg sind die führenden Leute.

Keine Einberufung des Reichstages.

Der Reichstag wird aller Voraussicht nach nicht mehr zusammengetreten. Nach Auffassung der neuen Reichsleitung sind die verfassungsmäßigen Grundlagen für das Weiterbestehen des Reichstages durch den gewalttätigen Umsturz beseitigt, zumal ja jede gesetzgeberische Tätigkeit des Reichstages nach der bisherigen Verfassung der Zustimmung des zurzeit nicht mehr vorhandenen Bundesrats und der Unterzeichnung des ebenfalls nicht mehr vorhandenen Kaisers be-

dürft hätte. Die baldige Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung scheint in der Absicht der Reichsleitung zu liegen. Die Frage der weiteren Kreditbeschaffung wird wahrscheinlich in der Weise geregelt werden, daß die Regierung zunächst mit den vorhandenen Mitteln weiter wirtschaftet, dann aber sobald wie möglich auf gesetzliche Weise sich die erforderlichen Kredite für die Durchführung des Friedens zu beschaffen sucht.

Der neue Reichsfinanzsekretär.

Staatssekretär im Reichsschatzamt wird der bisherige Unterstaatssekretär Schiffer, der bekannte nationalliberale Abgeordnete. Der unabhängige Sozialdemokrat Eduard Bernheim tritt in das Reichsschatzamt ein.

Das Reichsjustizamt, dessen Leitung man auch dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Baldstein angetragen hatte, wird Herr v. Krause weiter dirigieren.

Fortbestand der Postzensur.

Es wird bekanntgemacht: In einzelnen Tageszeitungen wurde die Nachricht verbreitet, daß die Postzensur unter der neuen Regierung nicht fortbesteht und Briefe von nun an geschlossen nach dem Auslande befördert werden können. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postzensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. So muß vermieden werden, daß, solange keine definitiven Gelege heraus sind, größere Vermögenswerte durch kapitalistische Elemente in das Ausland abgeschoben werden, und reaktionären Einflüssen vom Ausland her von vornherein die Spitze abgebrochen wird. Eine definitive Regelung erfolgt in Kürze durch den Volksrat des USR.

Weitere Nachrichten.

Berlin, 14. Nov. Staatssekretär v. Baldow ist von der Leitung des Kriegsernährungsamts zurückgetreten und hat bereits die Geschäfte an die Unterstaatssekretäre v. Braun und Peters übergeben. Über seinen Nachfolger ist bis zur Stunde noch nicht entschieden.

Berlin, 14. Nov. Der Staatssekretär des Reichspostamts Rüdlin ist von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden und richtet an alle Beamten die Mahnung, wie bisher ihren Dienst zu tun.

Berlin, 14. Nov. Der Magistrat verkündet, daß vom 1. Dezember ab die achtstündige Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben und Anstalten eingeführt wird.

Berlin, 14. Nov. In das auswärtige Amt, das der unabhängige Sozialdemokrat Haase leitet und in dem der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Dr. David arbeite, soll als zweiter Unterstaatssekretär der bekannte sozialistische Schriftsteller Karl Rautsky eintreten.

Berlin, 14. Nov. In das preussische Ministerium des Innern, das von dem Sozialdemokraten Paul Ulrich geleitet wird, tritt als Unterstaatssekretär der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Rudolf Breitscheid.

Berlin, 14. Nov. Zum bayerischen Gesandten in Berlin soll, wie die Bayerische Staatszeitung hört, Privatdozent Dr. Friedrich Mülle ernannt worden sein.

An die Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas.

Vier Jahre lang schied der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager. Millionen von Menschenleben sind vernichtet! Kulturgüter ohne Zahl fielen der Zerstörung anheim. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach Frieden. In Deutschland waren es die Militärkaste und die herrschenden Gewalten, die uns in den Krieg hineintrrieben und die in unerfütterlicher Eroberungsgier vom Frieden nichts wissen wollten. Mit eisernem Zwange hielt die Militärdiktatur das deutsche Volk im Inneren im Bann. Unter unsäglichen Opfern und Verfolgungen hatten die zu leiden, die den Kampf für Frieden und Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Der Uebermut und die Herrschsucht der Herrschenden drohte das deutsche Volk der vollständigen Vernichtung zu überliefern. In letzter Stunde raffte es sich auf und warf das unerträgliche Joch von sich. Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der fluchbeladenen Hohenzollernwirtschaft und dem ganzen dynastischen System Deutschlands ein Ende machten. Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärdiktatur zerschmetterten und die Regierung beseitigten, die die Verantwortung für die Kriegspolitik Deutschlands trug. Arbeiter und Soldaten sind es, die die Freiheit Deutschlands erkämpften. Arbeiter und Soldaten sind es, die dringend Frieden wollen. Die anderen Völker haben von dem freieschlichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach Außen in Deutschland für immer dahm sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen erprießlicher Wirtschaftsverkehr und ein auf den dauernden Frieden und wirklicher Freiheit aufgebaute Völkerbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten. Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes vom Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente so harte Waffenstillstandsbedingungen auferlegt werden. Wir appellieren

daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand. Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht zu verurteilen. Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiheitlichen Entwicklung läßt.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas habt oft versprochen, daß solcher Friede Euer Ziel sei. Laßt jetzt Euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Friede, der ein künftiges Völkermorden unmöglich macht. Als Vertreter des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsere Stimme und bitten Euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk durch Eure Regierungen nicht zu einem Sklavendasein verurteilt wird. Wir haben nun unsere Freiheit im Inneren erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen. Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit! Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates:
Molkenbühr, Rich. Müller.

Gegen die Rote Garde.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Mit großer Entschiedenheit hat der Großerliner Soldatenrat ungeläutet gegen die allerersten Ansätze zur Bildung von Roten Gardes — traurigen russischen Angehörigen — Stellung genommen. Der am Dienstag gebildete Vollzugsrat des AuSR war sofort mit einem Aufruf hervorgetreten, in dem er 2000 sozialistisch gesinnte, gewerkschaftlich organisierte und militärisch ausgebildete Männer zur Wehrung aufforderte, um aus ihnen eine schlagfertige Schutztruppe der Revolution zusammenzustellen. Kaum waren die roten Plakate an den Anschlagstellen erschienen, als die Soldaten sich rührten, eine Versammlung einberufen — zu der sehr verständigerweise die Vertreter der Presse zugezogen wurden und auf dieser eine gründliche Aussprache über das Vorgehen des Vollzugsrates herbeiführten. Mit dem Ergebnis, daß eine dreiköpfige Kommission sofort an Ort und Stelle entsandt wurde, um die Zurücknahme des Aufrufs zu fordern. Der Aufruf ist bereits zurückgenommen, wie verkündet wird, mit Rücksicht auf das Mißtrauen, das die Bildung einer besonderen Roten Garde in Biowilleidung bei den Soldaten der Berliner Garnison geweckt hat, wie auch auf die einstimmig erklärte Bereitwilligkeit der Truppen, jederzeit auf Anordnung des Vollzugsrates zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Regierung Blut und Leben zu lassen. Vorläufig ist also diese Nachahmung russischer Beispiele glücklich von uns abgewendet.

Man muß der Soldatenerwartung auf dem Kasernenhofe des Alexanderregiments beigewohnt haben, um den Geist richtig zu begreifen, von dem die Berliner Soldatenerbände in diesem Augenblick besetzt sind. Was sie in erster Reihe wollen, ist Einigkeit und noch einmal Einigkeit. Sie waren es, die am Sonntag im Zirkus Busch das Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien erzwingen mit der festen Erklärung, daß sie sonst die Neuordnung der Dinge in die Hand nehmen würden. Sie sind es auch, die jede Störung dieser Verständigung, von welcher Seite auch immer sie kommen möge, mit voller Entschlossenheit verhindern wollen, und sie scheinen auch gewillt zu sein, weiter auf dem Posten zu bleiben, um jedes Abirren von den mit ihrer Zustimmung eingeschlagenen Bahnen unter allen Umständen unmöglich zu machen. Sie wollen das neue Deutschland, das die Revolution geschaffen hat, auch diejenigen unter ihnen, die nicht auf dem Boden der

Sozialdemokratie, ja nicht einmal auf dem Boden der Demokratie stehen. Aber sie wollen auch das neue Deutschland, kein zweites Rußland. Nichts erfüllt sie mit größerem Widerwillen, als die Lokrufe der Spartakusgruppe, deren erste Tat nach dem Sieg in Berlin darin bestand, daß sie den russischen Bolschewisten brüderliche Grüße entboten. Nichts lehnen sie entrüsteter ab als Putzschüsse gegen die neue Regierung, die von dieser Seite immer wieder an sie herantreten. Um keinen Preis wollen sie die Ordnung im Staate gefährden lassen. Sie verabscheuen den Terror. Schon zeigen sich in namhaften Truppenteilen Anzeichen einer freiwilligen Rückkehr zu den geordneten Befehlsverhältnissen: Offiziere werden durch einstimmige Wahl auf ihre Posten gestellt, man gibt ihnen die Schlüssel und die Degen wieder und fügt sich ihrer Führung. Die Massen wollen nicht zum Spielball irgendwelcher unkontrollierbarer Instanzen herabwürdigt werden. Dazu wollen sie sich aber unter keiner Bedingung mißbrauchen lassen. Sie haben die Revolution gemacht und wollen sich ihre Erfolge nicht mehr nehmen lassen. Sie wollen aber auch nicht dulden, daß andere Elemente sich jetzt in den Vordergrund drängen, daß wir in durch und durch undeutsche Zustände hineingeraten. Deshalb haben sie sich die Forderung der Einberufung einer deutschen Nationalversammlung zu eigen gemacht, die allein imstande ist, dem ganzen Volke wieder zu seinen staatsbürgerlichen Rechten zu verhelfen. Und sie erklären, daß sie die Bewaffnung von Biowillisten so lange mit Mißtrauen betrachten werden, als die Regierung, zu deren Schutz sie dienen soll, sich nicht ausdrücklich zur Einberufung der Nationalversammlung als der alleinigen Grundlage der zu gebenden Verfassung erklärt.

Wie man sieht, ein Vorgehen, das an Entschiedenheit wie an Zielklarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Charakter der deutschen Armee als eines wahren Volksheeres bewährt sich eben auch jetzt, nach Zertrümmerung ihrer alten Verfassung, vortrefflich. Die Soldaten stammen aus allen Kreisen der Nation und aus den verschiedensten Parteien. Wo sie sehen, daß die Gefahr des Bürgerkrieges ihr schreckliches Haupt erhebt, greifen sie zu: das darf nicht sein! Man wird es ihnen danken, daß sie wachsam und belommen ihre Pflicht tun. Sie schützen damit nicht bloß sich selbst, sondern das ganze deutsche Vaterland.

Fliegende Division „Bremen“.

20 Angehörige erschossen.

Eine fliegende Division „Bremen“ verhandelt einen Bericht, nach welchem ihre Sicherheitspatrouillen bei Rasttagungen in Hannover „um dem Eindringen und Blünderertum endlich einmal Herr zu werden“ in der Nacht vom 11. zum 12. November 34 Personen eingekerkert hätten. Schwere Verbrechen, die bis an die Zähne bewaffnet gewesen und heftigen Widerstand geleistet hätten, seien nun entwaffnet und unschädlich gemacht.

Nun wird aus Hannover gemeldet, 20 Angehörige der fliegenden Division „Bremen“, die an zahlreichen Räubereien beteiligt gewesen, seien erschossen worden; sie hätten sich am 13. November morgens des Bahnhofs Hannover bemächtigt, ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfire auf die Umgebung eröffnet und den Jnverkehr auf mehrere Stunden gänzlich verhindert. Nach Mitteilung des AuSR. sind noch weitere Angehörige dieser fliegenden Division verhaftet; sie sehen ihrer künftigen Verurteilung entgegen.

Zur Bewegung im Reich gehen uns ferner folgende Nachrichten zu:

München. Ludwig III. hat an das Ministerium des Volksstaates Bayern ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, daß er alle Beamten, Offiziere und Soldaten vom Treueid entbinde, nachdem es ihm die Ereignisse der letzten Tage unmöglich gemacht hätten, die Regierung weiterzuführen.

Dresden. Der König hat, laut eines an den Vereinigten revolutionären AuSR. in Groß-Dresden gerichteten Schreibens vom 13. November auf dem Thron verzichtet und gleichzeitig alle Offiziere, Beamten, Geistliche und Lehrer vom Treueid entbunden.

Dresden. In der technischen Hochschule tagte gestern eine sehr zahlreich besuchte Studenterversammlung. Nach längerer Aussprache wurde eine „Studentenvertretung Groß-Dresden“ gebildet, die sich zur positiven sozialen Mitarbeit dem AuSR. zur Verfügung stellte.

Karlsruhe. Die Neuordnung in Baden ist bisher in ruhigen Bahnen verlaufen. Die großherzogliche Familie

hat mit der Königin von Schweden im Schlosse Baden-Baden Wohnung genommen. Über die Frage der Auslieferung der Republik wird in den nächsten Tagen die Entscheidung fallen.

Die Revolution draußen.

Wie vorausgesehen war, zieht der in Deutschland vor sich gegangene Umsturz allmählich weitere Kreise. Alles ist im Fluß und ein Ende vorerhand noch nicht zu erkennen. Besonders auch in England scheinen sich die Verhältnisse in einer Weise zuspitzen, die den bisherigen Machthabern verhängnisvoll werden können.

Bolschewismus in England.

Die englische Regierung hat sich bisher stets deutlich als schärfste Gegnerin des Bolschewismus gezeigt. Trotzdem scheint sie nach folgenden Meldungen allmählich in Bedrängnis zu geraten.

Rotterdam, 14. November.

Alle Nachrichten aus England melden übereinstimmend ein Anwachsen des Bolschewismus unter den Arbeitern. Die Schiffswerften in Clyde und die Bergwerke in Süd-wales sind Brennpunkte des Bolschewismus. Die Unruhen in Clyde haben einen äußerst aufreizenden Charakter.

London, 14. November.

Nach einer amtlichen Meldung aus Kanada herrschen dort anarchische Zustände, die dauernd an Boden gewinnen. Die englische Regierung will das Übel an der Wurzel fassen und durch eine große Flottendemonstration in Renal die russischen Bolschewisten niederhalten. Andererseits macht sie Zugeständnisse im Inneren und hat das Oberhaus veranlaßt, dem passiven Wahlrecht der Frauen zuzustimmen.

Holland vor dem Umsturz.

In allen großen Städten des Landes, namentlich in Amsterdam, wo das Militär der Regierung schon eingriff und es rote und bewundete gab, herrscht große Unruhe infolge eines Manifestes der revolutionären Sozialisten, die folgende Forderungen erheben:

1. Die Regierungsmacht soll in die Hände einer Regierung gelegt werden, die von den gesamten Arbeitern und Arbeiterinnen in den Niederlanden gewählt wird.

2. Sämtliche Bankbetriebe und öffentlichen Institute, sämtliche Vorräte, sowie auch die kapitalistische Erzeugung, Maschinen und Verwaltung und Verteilung der Produktion soll eine Arbeiterkommune, die die Arbeiterregierung darstellt in die Hände bekommen.

3. Es soll eine neue Verfassung und neue soziale Gesetzgebung für die arbeitende Bevölkerung von Land und Stadt festgestellt werden.

Noch hat die Regierung allerdings die Gewalt in Händen und sichert die Ruhe und Ordnung durch starke Aufgebote von Kavallerie und Genarmarie. Die katholische und andere Parteien haben Manifeste verbreitet, worin sie die Bevölkerung zur Ruhe ermahnen.

Außereitungen in Kopenhagen.

Auch in der dänischen Hauptstadt ist es zu Straßenunruhen gekommen, und zwar im Anschluß an eine von etwa 10 000 Personen besuchte revolutionäre Versammlung. Zahlreiche Schaufenster wurden eingeschlagen und Läden gestürmt. Die bereitgestellte Polizei schritt mit starkem Aufgebot ein, ging gegen die Demonstranten, die sich zum Teil aus halbwüchsigen Burschen zusammensetzten, mit der Waffe vor. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Demonstranten sperrten gewaltiam den Straßenbahnverkehr und gingen gegen die Polizei mit Steinwürfen vor. Bei den Zusammenstößen gab es zahlreiche Verletzte, von denen eine Anzahl ins Krankenhaus übergeführt wurde. Mit Hilfe der zur Verhärkung herangezogenen Polizeimannschaften wurde die Menge allmählich auseinandergetrieben.

Verschiedene Meldungen.

Genf, 14. Nov. Vier eingetroffene Meldungen betreffen, daß die Garnison der französischen Festung Belfort einen Soldatenrat gebildet hat.

Helsingfors, 14. Nov. Hier verlautet, daß 8000 Bolschewisten in Finnland eingedrungen seien.

Wien, 14. Nov. Die Abdankung des Kaisers ist nunmehr in aller Form auch für die ungarische Krone erfolgt. Gouverneur für Ungarn ist Graf Karolyi.

Vatic, 14. Nov. In den französischen Stellungen von der belgischen Grenze bis Mons wurde die rote Fahne gehißt und die französischen Truppen verdrängten sich mit den Deutschen.

Rote Rosen.

Roman von S. Courts-Mahler.

40. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Zwei Augen hatten diese Szene scharf beobachtet, zwei Augen, denen nicht das geringste dabei entging. Das waren Gräfin Gerlindes Augen. Graf Rainer war in diesem Augenblick von dem Minister in Anspruch genommen worden und hatte weder die gedörrte Stirn, noch das hastige, unsichere Wesen seines Bruders bemerkt.

In Gräfin Gerlindes Herzen zuckte aber bei dieser Beobachtung eine wilde Freude auf. Sie sah auch, daß Graf Henning, auf seinem Platz angekommen, einen Moment wie geistesabwesend vor sich hinstarrte. Aber vergeblich forschte sie bei Josta nach einem Zeichen der Erregung oder Unsicherheit.

Gräfin Gerlinde ließ ihre Augen nicht von Josta und Henning, als wollte sie mit ihren verborgenen Wünschen Macht über sie gewinnen.

Nach Tisch, als man sich in ein anderes Zimmer begeben hatte, trat Gräfin Gerlinde vertraulich zu Josta heran, und ihren Arm um sie schlingend, sagte sie mit ihrem süßesten, sanftesten Lächeln:

„Das ist ein reizender Abend, liebe Josta. Ich freue mich so herzlich, daß wir uns kennen gelernt haben und kann nun die Zeit kaum erwarten, bis du nach Ramburg kommen wirst. Ich habe dich gleich vom ersten Augenblick an lieb gewonnen. Wir wollen kreuz Freundinnen werden und uns gegenseitig volles Vertrauen entgegen bringen, nicht wahr?“

Josta dachte bei sich, daß es ihr unmöglich sein würde, Gerlinde etwas anzuvertrauen, was sie nicht jedem Menschen würde sagen können. Sie kam sich dieses Gedankens wegen ganz unehelich vor und hätte ihn gern offen, wie es sonst ihre Art war, ausgesprochen. Aber da sah sie die Augen ihres Bruders mit freudigem Ausdruck auf sich und Gerlinde zuhen.

„Er freut sich, daß wir so vertraulich zusammen-

stehen,“ dachte sie. Und da war es ihr unmöglich, anders als freundlich zu ihr zu sein.

„Es wird mich sehr froh machen, Gerlinde, wenn wir einander so vertrauen lernen. Aber ich bin im Grunde eine so wenig mittelbare Natur. Du wirst Geduld mit mir haben müssen.“

Mit fast schmerzhaftem Ausdruck zog die Gräfin Josta an sich.

„Das wird sich bald finden. Du wirst gar nicht anders können, wenn wir erst einander näher kennen gelernt haben.“

Mit einem hilflosen Blick sah Josta zu ihr auf. Sie strebte inständig aus ihren Armen und wagte es doch nicht, sich frei zu machen. Graf Henning sah, wie bekommen Josta bliete, denn er konnte seine Augen nicht von ihr lassen. Es war, als verbeuge er Josta, und schnell an ihre Seite tretend, sagte er, um sie zu befreien:

„Du wollest mir doch Photographien zeigen, Josta. Darf ich dich darum bitten?“

Mit einer Entschuldigung löste sich Josta schnell aus Gräfin Gerlindes Armen und ging mit Henning in eines der anstößenden Zimmer. Die Gräfin ließ sie gehen und verwickelte Graf Rainer und den Minister in eine angeregte Unterhaltung, so daß sie gar nicht darauf achteten, wie lange Graf Henning und Josta im Nebenzimmer blieben.

Josta hatte drüben einen Photographiekasten aufgeklappt und kramte in den darin befindlichen Bildern. Sie hatte mit Henning über einige Aufnahmen gesprochen, die ihre verstorbene Mutter selbst gemacht hatte. Die wollte sie ihm zeigen.

Er interessierte sich hauptsächlich für Aufnahmen von ihrer Person. Eine nach der andern legte sie Henning vor, wie er es wünschte. Er betrachtete sie aufmerksam, und immer wieder flog sein Blick wie vergleichend zu ihr empor und vertiefte sich in die Füge ihres Gesichts.

Und als sie ihn da so lieb und freundlich ansah, als das reizende Schmelzlächeln ihren Mund umspielte, das er so süß fand, wie noch nie ein Frauenlächeln, da klopfte sein Herz so laut und stark daß er meinte, sie müsse es hören.

„Lange hielt er dann ein Bild von ihr in den Händen, das sie als Bäckisch darstellte.“

„So habe ich dich zuletzt gesehen, Josta. Und da bin ich so gleichgültig an dir vorübergegangen und habe nicht geahnt, daß du einmal meine Schwägerin würdest — auch nicht, daß du je so schön und hold werden würdest.“

Lachend und unbefangen nahm sie ihm das Bild aus den Händen und sah darauf nieder.

„Damals war ich beinahe eine kleine Vogel scheuche. Ich kann mir denken, daß ich kein herzerfreuender Anblick war. Ein wenig zu meinem Vorteil hab' ich mich wohl verändert, und ich freue mich, daß ich dir nun besser gefalle. Sonst hättest du mir vielleicht gar nicht erlaubt, deine Schwägerin zu werden,“ neckte sie.

Er sah sie an und vergaß zu antworten. Erst nach einer Weile strich er sich wie befinnend über die Augen.

„An meine Erlaubnis hättest du dich sicher wenig gekehrt wie Rainer,“ sagte er und nahm ein neues Bild in die Hand.

Dieses zeigte Josta und Graf Rainer zu Pferde auf dem Waldower Gutshof.

„Da hat uns Mama aufgenommen, als wir vor meinem ersten großen Ritt nach Hause kamen,“ erklärte Josta.

Er betrachtete es interessiert.

„Schade, von deinem Gesicht ist nicht viel zu sehen, du wendest dich zur Seite. Aber Rainer ist famos drachswoll aus, nicht wahr?“

„Ja,“ sagte sie nur und wandte sich ab.

Er blieb aber an dem Thema hängen, als kam mere er sich daran.

„Uebrigens, Rainer ist ein Mensch, den man immer bewundern muß. Wenn ich ihn nicht so lieb hätte, müßte ich ihn verehren.“

Sie atmete tief auf.

„Ja, er ist ein Mensch, den man verehren muß.“

saate lie halblaut.

(Fortsetzung folgt.)

Bern, 14. Nov. Der englische Eisenbahnarbeiterverband beschloß in einer Sonderversammlung, seine Delegierten zur Konferenz der Arbeiterpartei am 14. November dahin zu instruieren, daß sie für Zurückziehung der Arbeitervertreter aus der Regierung stimmen sollen.

Bern, 14. Nov. Der schweizerische Generalkongress ist beendet, da das Ökumenische Aktionskomitee die Einstellung beschlossen hat.

Warschau, 14. Nov. Die Ruthenen haben, als sie sahen, daß Lemberg nicht mehr zu halten ist, vor ihrem Rückzug alle Flugzeuge und die riesige Flugzeugwerkstätte verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Kronen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Internierung der deutschen Vertretungen in Petersburg und Moskau muß als unfreundliche Maßregel betrachtet werden. In jedem Falle widerspricht die Maßregel der Territorialität, für deren Schutz die russische Regierung verantwortlich ist. Die deutsche Regierung hat daher ein Erfuchen um Aufklärung an sie gerichtet. Sobald über das Schicksal der deutschen Generalkonsulate entschieden ist, wird sich auch die deutsche Regierung wieder mit der Frage der russischen Volkschaft befassen, die sich noch in Minik aufhält.

Die Reichstagsabgeordneten v. Camp und Graf Gaten sind beide an der Grippe gestorben. Namentlich der erstere war weiteren Kreisen bekannt als führendes Mitglied der Reichspartei und der preussischen freikonservativen Partei. Er war seit 1884 im Reichstag und seit 1893 im preussischen Abgeordnetenhaus.

Frankreich.

Eine Annäherung der Sozialisten an die deutsche Republik vollzog sich in einer Versammlung der französischen sozialistischen Partei und des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Paris. Es wurde dort eine Entschliessung angenommen, in der die deutsche Republik begrüßt wird und in der es weiter heißt: Wie Bebel und Liebknecht 1871 nach dem Sturz Bonapartes, verlangen heute die Pariser Arbeiter einen ehrenhaften Frieden, einen Rechtsfrieden, einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik.

Aus In- und Ausland.

Strasbourg, 14. Nov. Statthalter Schwander und Staatssekretär Daus haben ihre Ämter niedergelegt.

Gotha, 14. Nov. Herzog Karl Eduard von Sachsen-Rudolstadt hat dem Throne entsagt.

Vom Tage.

Bürgerlich-republikanische Partei.

Berlin, 14. Nov. Wie der „Vorwärts“ hört, ist in Berlin eine bürgerlich-republikanische Partei in Bildung begriffen, die sich aus links gerichteten Teilen der fortschrittlichen und aus der national-liberalen Partei zusammensetzen wird. Das Programm dieser Partei soll rein demokratisch sein und die Abwehr aller monarchistischen und rückschrittlichen Bestrebungen in den Vordergrund stellen, außerdem für weitgehende Sozialreform eintreten.

Anruf an Offiziere und Beamte.

Berlin, 14. Nov. Die Offiziere und Beamte des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamts (Wumba) erlassen folgenden Aufruf:

Das Vaterland ist in Gefahr. Das wirtschaftliche Leben droht zusammenzubrechen und damit die Fundamente unseres Landes. Jedermann muß deshalb alle seine Kräfte einsetzen, um diese Katastrophe abzuwenden. Offiziere und Beamte, die Ihr noch abseits steht, stellt Euch wie wir rüchlos der neuen Regierung zur Verfügung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Wiederaufbau des Vaterlandes. Untätigkeit ist ein Verbrechen am Lande: Niemand darf zurückbleiben.

Ungehinderter Abzug unserer Truppen aus Polen.

Warschau, 14. Nov. Hier wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der von sämtlichen deutschen Truppen anerkannt wurde. Einzelne Ausstellungen gegen deutsche Soldaten behufs Entlassung veranlassen den Brigadier Bissdorf zu der Erklärung, daß den deutschen Truppen der Abzug mit Waffen verbürgt wird. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird dafür sorgen, ebenso für ungehinderte Abreise der deutschen Beamten.

Abänderung des Blockade-Paragraphe.

Greif, 14. Nov. In Washington leitenden Kreisen ist man sich der Beschleunigung eines Bräutigamsfriedens geneigt. Möchte er aber wegen mancher noch strittiger Fragen, wie der Ausdehnung des Königreichs Polen, Anerkennung Deutsch-Oesterreichs als Bestandteil des Deutschen Reiches usw. hinausgeschoben werden, so könnte man bei Erneuerung des Waffenstillstandes den Blockade-Paragraphe abändern, um dem dringendsten deutschen Bedarf Rechnung zu tragen.

Abkündigung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin.
Schwerin i. M., 14. Nov. Gemäß Beschluß des Ministerrats hat der Großherzog von Mecklenburg-Schwern für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron verzichtet.

Absehung des Fürsten von Waldeck.

Krossen, 14. Nov. Der Fürst von Waldeck lehnte ab, freiwillig zurückzutreten und wurde deshalb vom K. u. K. als abgelehnt erklärt.

Wilson kommt zur Friedenskonferenz.

London, 14. Nov. „Manchester Guardian“ erfährt, Wilson habe sich endgültig entschlossen, zur Friedenskonferenz zu kommen. Vor Mitte Dezember werde er in London erwartet.

Deutschlands Zukunft.

Haag, 14. Nov. „Daily Chronicle“ schreibt, es ist nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland in einer ordentlichen und friedlichen Demokratie wird. Deutschland wird die größte und kräftigste Nation Europas sein, sofern sich nicht Rußland mit der Ukraine zusammenschließt. Die letzten Ereignisse in Deutschland können wir nur als vorübergehend ansehen. Es ist selbstverständlich, daß die Unregelmäßigkeiten mit sich bringen, aber das Volk von so tief einschneidender Gemüthsarbeiten der Organisation und Disziplin wird mit dieser Unordnung bald fertig werden.

Abtritt deutscher Soldaten nach Holland.

Amsterdam, 14. Nov. Ein holländisches Blatt meldet, daß an der Waasbrücke bei Roosteren (Provinz Limburg) 2000 Mann deutscher Truppen leben, die heute beim Überschreiten der niederländischen Grenze die Waffen niedergelegt haben.

Kein englisches Geschwader im Großen Belt.

Kopenhagen, 14. Nov. Das dänische Marineministerium teilt mit, daß die Blättermeldung, im Großen Belt stege ein englisches Geschwader, jeder Grundlage entbehre.

Holland vor einem Generalkrieg.

Rotterdam, 14. Nov. Es wird gemeldet, daß, wenn die Forderung, die der Kongress am Sonnabend und Sonntag gestellt hat, nicht sofort von der Regierung bewilligt wird, am Montag der Generalkrieg beschlossen werden wird.

Holländische Vorschriftenregeln.

Rotterdam, 14. Nov. Gestern nachmittag kamen aus Bergen op Zoom und aus Limburg holländische Infanterieregimenter mit Maschinengewehren an und wurden in den Schulen untergebracht. Gestern vormittag 11 Uhr wurden zwei Landstürmer mobilisiert.

Revolutionäraufmarsch an die Ententesoldaten.

Wien, 14. Nov. Die Revolutionäre in Sarajewo-Ebene hat an die Soldaten der alliierten Armeen an der Westfront einen Aufruf richtigermaßen verlesen, in dem er die Revolution in Deutschland mittelst. Er fordert die alliierten Soldaten zur Revolution auf, da jetzt der Krieg der Entente zum Krieg des internationalen Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse werde.

Ungarische Kämpfe mit Polen und Tschechen.

Wien, 14. Nov. Aus Ungarn werden Kämpfe ungarischer Truppen mit polnischen und tschechischen gemeldet. Ein tschechische Division sei in Siebenbürgen eingezogen. Die Teilmobilisierung sei auf diese Vorgänge zurückzuführen.

Begründung des südslawischen Staates.

Saibach, 14. Nov. Der serbische Ministerpräsident Pašić und die Vertreter des südslawischen Nationalrates unterzeichneten in Paris eine Urkunde, worin die Gründung eines südslawischen Staates mit 13 Millionen Einwohnern endgültig garantiert wird.

Achtstündige Arbeitszeit in Mülheim a. d. Ruhr.

Mülheim a. d. Ruhr, 14. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat bestimmte für sämtliche Mülheimer Betriebe die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ohne Lohnverkürzung für die Arbeiter mit Beweisschicht, für die Feuerarbeiter den Eintritt der achtstündigen Arbeitszeit in einigen Tagen.

Achtstundentag in Schweden und Dänemark.

Stockholm, 14. Nov. „Dagens Robeter“ zufolge soll in nächster Zeit auf Veranlassung der Regierung im schwedischen Meer und in den Marinewerksstätten die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Erwartet werde, daß am Mittwoch der Staatsrat einen entsprechenden Beschluß fassen würde.

Prag, 14. Nov. In der Sitzung der tschechischen Nationalversammlung wurde beschlossen und genehmigt, daß die achtstündige Arbeitsdauer im ganzen Staate gleichmäßig vorgezeichnet wird.

Aus Nah und Fern.

Serbom, den 15. Nov. 1918.

Durch die Ausgabe von Notgeld seitens der Städte Wiesbaden und Frankfurt und einzelner Kreise ist die Geldzeichennot, namentlich auch in den ländlichen Bezirken, noch immer nicht behoben. Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat daher die ministerielle Genehmigung zur Ausgabe von Mk. 40 Millionen Notgeld erwirkt, das durch die Kassatische Landesbank in Stücken von 5, 10, 20 und 50 Mk. in Teilbeträgen demnächst in Verkehr gebracht wird. Nähere Angaben über die Geldzeichen und die spätere Einlösung werden in Kürze folgen.

(Tagung der 14. ordentl. Bezirks-synode.) Vom Dienstag bis Freitag der vergangenen Woche hielt die 14. ordentliche Bezirkssynode im Landeshaus zu Wiesbaden ihre Tagung ab, an der 51 Mitglieder teilnahmen. Die Leitung der Synode lag in der Hand von Dekan Schmitt-Höchst, der auch für die kommende Synodalperiode wieder zum Präses der Synode gewählt wurde. Die Synode war in erster Linie Geschäftssynode; aber es standen auch eine ganze Reihe von Anträgen zur Beratung, die sich mit wichtigen kirchlichen Fragen beschäftigten. Die Vorlage des Kgl. Konsistoriums betr. kirchliche Jugendpflege, in der ein Jugendrat vorgeschlagen und die Anstellung eines Jugendpfarrers mitgeteilt wurde, fand die einstimmige Zustimmung der Synode. In der zweiten Gesamtsitzung am Donnerstag — der Mittwoch blieb zu Ausflugsfahrten frei — wurde die Unterstützung des Reformationsdanks den Gemeinden des Bezirks warm empfohlen, der die Aufgabe hat, das Evangelium durch das gedruckte Wort in immer weitere Volkskreise zu tragen. In derselben Sitzung sprach Synodale Dr. Lohmann-Weilburg über den Geburtenrückgang und regte an, diese Frage auf einer besonderen Synode eingehend zu beraten. An bedürftige Gemeinden kamen 13950 Mk. zur Verteilung. Ein von verschiedenen Kreisynoden gestellter Antrag auf größere Heilighaltung des Sonntags wurde von der Synode zur weiteren Veranlassung angenommen. Am dritten Verhandlungstag wurde ein Antrag auf Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen Preußens zu einer Verwaltungseinheit unter einem Synodalrat von der Synode gutgeheißen und eine Erweiterung des Konfirmandenunterrichts, wo sie möglich und erwünscht sein sollte, gebilligt. Eine Eingabe des Organisten- und Kantorenvereins wird dem Kgl. Konsistorium zur einheitlichen Regelung der Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse überwiesen. Aus einem Antrag, der sich mit den Verhältnissen von Staat und Kirche befaßt, deren organische Verbindung im Interesse beider liegt, verdient eine besondere Hervorhebung der Passus: „Auch für den Fall der Trennung von Staat und Kirche bekennt sich die Bezirkssynode zu dem Willen, die evangelische Kirche als Volkskirche zu erhalten.“ Am Freitag um 12 Uhr mittags wurde die diesjährige Tagung der Synode von dem Vorsitzenden, Dekan D. Schmitt-Höchst, geschlossen.

Sinn. Am Mittwoch abend hat sich hier im Konzilsaal in öffentlicher Versammlung ein Arbeiter- und Soldatenrat unter der Zustimmung der Anwesenden gebildet. Auch die Bildung eines Bauernrates ist in die Wege geleitet und wird in aller Kürze vollzogen. Die Gemeindebehörde hat sich, wie wir hören, bereit erklärt, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zu unterstellen.

Dillenburg. Jovads Bildung eines Volksrates war für Mittwoch nachmittag 2 Uhr zu einer Versammlung in die Kesthalle des Landgestüts Einladung ergangen, der eine große Anzahl hiesiger Bürger Folge gegeben hatte. Eröffnet wurde die Versammlung durch Herrn Gustav Reuhoff, der unter der Betonung des Ernstes unserer Lage eine eindringliche Mahnung zur Wahrung der Ruhe und Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit ergingen ließ.

Herr Robert Graf machte Mitteilung von der am Dienstag erfolgten Bildung eines Soldatenrates und beauftragte aus Gründen der einheitlichen Gestaltung die Ergänzungswahl eines Arbeiterrates. (Soldatenräte wurden gebildet in allen Teillazaretten der Stadt, ebenso von den hier befindlichen sonstigen Heeresangehörigen. Die Offiziere dieser Räte: Greine, H. Jüngst, W. Darr, K. Decker, H. Wehn, Schumann und Helmes bilden den eigentlichen Soldatenrat.) Sowohl Herr Graf wie Herr Schuhmachermeister Bayer wiesen nochmals hin auf den Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems, wie auf die beabsichtigte Bildung der neuen Regierung nach erfolgter Wahl zur konstituierenden Versammlung. Sie gaben Kenntnis von dem Wahlvorschlag einer vorläufigen Versammlung für den Arbeiterrat, der 20 Mitglieder umfassen soll, die sämtlich vorschlagsmäßig ohne Widerspruch gewählt wurden. In einem Schlusswort mahnte Herr Gustav Reuhoff nochmals zur Wahrung von Ruhe und Besonnenheit und treuester Pflichterfüllung seitens aller, worauf gegen 2 1/2 Uhr die Versammlung auseinanderging. — Nach Schluß der Versammlung trat der Arbeiter- und Soldatenrat zusammen. Als Vorsitzender wurde R. Graf gewählt. Den Hauptauschuss bilden: Graf, Bayer, Schuler, Reithmeyer, Daffeld, Haas, Jüngst, Darr, Wehn. Ferner wurde ein Wohnungsausschuss, Ernährungsausschuss, Kohlenauschuss und Sicherheitsausschuss gewählt. Der Hauptauschuss besorgt die laufenden Geschäfte. Die Mitglieder der übrigen Ausschüsse haben ausführende Gewalt auf ihrem Arbeitsgebiet. (Da herrscht doch wenigstens Ordnung. Hoffentlich kommen wir in Serbom auch so weit. Red.)

Letzte Nachrichten.

Die Demobilisation.

Berlin, 15. Nov. (U) Beim Heimmarsch der deutschen Soldaten soll möglichst viel wertvolles Material geborgen werden, insbesondere auch die Pferde, die die Landwirtschaft dringend braucht. Die militärische Verpflegung wird bis zu den Orten gewährt, in denen die Formationen aufgelöst werden. Die Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Friedensarbeit soll möglichst in der Weise erfolgen, daß große Arbeiterentlassungen vermieden werden. Teilweise sollen die Rüstungsbetriebe noch einige Zeit fortgeführt werden, solange das möglich ist, ohne Material zu verschwenden. Der Unternehmergewinn soll bei diesen hauptsächlich aus sozialen Gründen gegebenen Aufträgen ausgeschaltet bleiben. Im übrigen sollen die Fachauschüsse nach bestem Können für die Unterbringung der heimkehrenden Arbeiter sorgen.

Die Besetzung von Metz und Strassburg.

Haag, 15. Nov. (U) Aus Paris wird gemeldet, daß die deutsche Demobilisation wunschgemäß verläuft. Die Amerikaner rücken in Richtung Metz und Strassburg vor, wo sie in der nächsten Woche eintreffen werden. Die offizielle Uebergabe dieser beiden Städte wird an Foch erfolgen. Clemenceau und Poincaré werden dabei anwesend sein.

Die Auslieferung des früheren Kaisers.

Haag, 15. Nov. (U) Der „Daily Telegraph“ meldet aus Newyork: Der frühere Präsident Taft, der auf dem Gebiete des Völkerrechts als Fachmann gilt, äußerte die Ansicht, daß der deutsche Kaiser nach den bestehenden Völkerrechtsgrundsätzen von dem betreffenden Lande, in dem er sich aufhält, ausgeliefert werden müsse, und zwar, um vor einem Geschworenengerichtshof der alliierten Länder gestellt zu werden. Von diesem kann er auf Grund der bestehenden Gesetze in Haft genommen werden.

Die Auflösung der Parlamente.

Berlin, 15. Nov. (U) Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat der preussische Rat der Volksbeauftragten beide Häuser des preussischen Landtages aufgelöst. Das Herrenhaus ist nach der Verfassung bekanntlich unauflösbar. Ferner wurde gestern den Abgeordneten im Reichstage erklärt, daß das Haus für alle Abgeordneten heute geschlossen werden würde, da der Reichstag als aufgelöst betrachtet wird.

Die Einberufung der Konstituante.

Berlin, 15. Nov. (U) Reichskanzler Ebert hat gestern im Gespräch mit einem Vertreter der „Voss. Ztg.“ folgendes mitgeteilt: Wir sind fest entschlossen, die Konstituante so schnell wie möglich einzuberufen. Jeder Verdacht, den einige bürgerliche Kreise gegen die unsere Absicht hegen, ist völlig unbegründet. Wir haben bereits die ersten Vorbereitungen getroffen und hoffen bestimmt, im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Der Gedanke, diese Wahlen vor der Rückkehr unserer Truppen vorzunehmen, ist darum unausführbar, weil diese heute weder mehr an der Front und der Etappe feststehen, noch andererseits schon in ihre Heimat zurückgeführt sind.

Im Gespräch über die heutige Note Wilsons sagte der Reichskanzler: Wir haben heute Besprechungen mit den führenden Fraktionen gepflogen und dahin gewirkt, daß Schiffe, Kohlen u. a. sofort bereit gestellt werden, um die von Amerika bereit gestellten Nahrungsmittel so rasch wie möglich ins Land zu bringen.

Kein Wirtschaftskrieg.

Haag, 15. Nov. (U) Aus London wird gemeldet: Lloyd George hielt im Komitee seiner Partei eine Rede, in der er über den Frieden sagte, daß er nicht so weit zu gehen gedenke, wie die Resolution von Paris bezüglich des Wirtschaftskrieges verlangt. Der dritte Punkt des Wilsons Programms hätte zur Folge, daß jeder Gedanke an einen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß wegfällt.

Die Verpflichtung Madensens.

Berlin, 15. Nov. (Zl) Der hiesige Vertreter des „Nz Gt“ erhielt von dem ungarischen Ministerpräsidenten Carolyi folgende Mitteilung: Die ungarische Regierung hat Madensens den Durchzug der deutschen Armee durch Ungarn unter der Bedingung gestattet, daß Madensens sich verpflichtet, die Bestrebungen der Gegenrevolution nicht zu unterstützen. Da dies in feierlicher Form versprochen worden sei, steht dem Durchzug der Truppen nichts im Wege.

Aufruf an die U-Bootmannschaften.

Wilhelmshaven, 15. Nov. (Zl) Aufruf an unsere U-Bootmannschaften!
Kameraden!

Das Vaterland ruft! Es gilt die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, soll nicht der Friede wieder weiter in die Ferne gerückt werden. Ihr kennt die krasse Bedingungen, die uns der Feind gestellt hat. Bis zum 18. November 1918 müssen die U-Boote nach englischen Häfen überführt werden. Hier werden Männer der Zeit gebraucht, die alle Bedenken beiseite werfen, die bereit sind, für die schnelle Abwicklung der Friedensverhandlungen noch eine ganz kurze Zeit dem Vaterland widmen zu wollen. Es sind uns Garantien gegeben, daß die Besatzungen der U-Boote sofort nach dem Eintreffen in England wieder zurücktransportiert werden. Um Euch den Entschluß zu erleichtern, hat der Arbeiter- und Soldatenrat heute in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts folgendes beschlossen: Sämtliche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach einem feindlichen Hafen überführt werden, werden mit 10000 Mark versichert, welcher Betrag im Falle des Todes den Angehörigen zu zahlen ist. Im Falle eines Unfalles wird eine dementsprechende Sonderrente gewährt werden. In Anbetracht des schweren Dienstes den die U-Boote forderten, wird den Verheirateten außerdem eine Prämie von 500 Mk., an Unverheirateten eine solche von 300 Mark gewährt. Sofort nach der Rückkehr der U-Boote werden dieselben in die Heimat entlassen. Kameraden! Krönt das angefangene Werk und stellt Euch in den Dienst der Sache, in dem Ihr durch Eure Bereitwilligkeit zeigt, daß Euch das Wohl und Wehe des neu erstandenen Vaterlandes am Herzen liegt. Meldungen werden beim Arbeiter- und Soldatenrat, Kiel und Wilhelmshaven entgegengenommen.

Arbeiter- und Soldatenrat Wilhelmshaven.

Reichskanzler Ebert im Berliner Soldatenrat.

Berlin, 15. Nov. (Zl) Im Reichstag fand gestern abend eine neue Sitzung der Soldatenräte der Berliner Garnison statt. Reichskanzler Ebert führte u. a. folgendes aus: Ich möchte zunächst bemerken, daß wir gegen die Bildung der Roten Garde sind. Nachrichten, die wir heute erhalten haben, bestätigen zwar, daß die Front sich bis zum letzten Tage weder geschlagen und gehalten hat, daß aber die Etappe im Begriffe steht sich aufzulösen. Dieses Chaos wird vermehrt durch die Unmöglichkeit, die zurückflutenden Massen gründlich zu ernähren. Dadurch leidet die Selbstucht des Mannes. Wir müssen das Industriegebiet intakt halten, und wir müssen die Ernährung organisieren. Dazu brauchen wir Ruhe und Sicherheit im Innern. Organisationen auf den Bahnhöfen müssen geschaffen werden, die Heimkehrende versorgen und ihnen Arbeit zuweisen. Die Zukunft unseres Volkes, unserer Frauen und Kinder gilt es auf das schnellste sicher zu stellen, und ich bitte Sie, uns Ihre starke Krone zu leihen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung

Regelung der Fleischversorgung.

Das für diese Woche zugewiesene Fleisch wird am Samstag, den 16. November, nachmittags von 1-5 Uhr durch die hiesigen Metzger verkauft.

Verkauf von Fleisch außer der oben angegebenen Zeit ist verboten. Der Verkauf findet nur gegen Vorlage der Fleischkarte statt, von welcher von den Metzger die Marken abzutrennen sind.

Über alles Fleisch und Fleischwaren, welche bis 5 Uhr nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Die Höchstpreise sind:

Kalb- und Rindfleisch . . . das Pfund 1,70 Mk.

Rindfleisch . . . das Pfund 2,40 Mk.

Herborn, den 14. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die Bürgerschaft von Herborn wird hiermit zu einer

öffentl. Versammlung

auf morgen, Samstag, den 16. ds. Mts., abends 8 Uhr, in den „Rassauer Hof“ ergebenst eingeladen. Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Herborn, den 15. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

Reuter. Peter.

Herborn.

Montag, den 18. November d. Js.

Martinimarkt.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank.)

Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7765

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankfächern.

Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist „laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900“ in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.

Größere Anzahl

Arbeiter

für unsere verschiedenen Betriebe zum sofortigen Eintritt gesucht.

W. Ernst Haas & Sohn,
Reuhoffnungshütte bei Sinn.

Futterschneidmaschinen,

32 cm Schnittbreite, sofort lieferbar.

Herborner Pumpenfabrik.

Hausmädchen

in kleinen Haushalt nach Gießen gesucht.

Frau Emil Goetz, Gießen.
Marburgerstr. 14.

Verkaufe von Montag (Martinimarkt) ab einen Posten

Männer-, Frauen- und Schüler-Holzschuhe.

Karl Färber, Herborn,
Telephon 216. Schmalter Weg 7.

Heute nacht verschied nach kurzem Kranksein mein innigstgeliebter Mann, unser teurer Vater, Schwiegervater und Großvater,

Geh. Sanitätsrat Dr. Halben

im 82. Lebensjahre.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Franziska Halben, geb. Ammann.

Wetzlar, den 12. November 1918.

3-Zimmerwohnung mit Mansarde oder größere Wohnung, auch Einzelhaus, evtl. auf dem Lande wird für bald oder 1. April 1919 zu mieten gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein Patent-Bettsophasowie

eleg. Plüschsophasempfehlen

Carl Bömper, Herborn, Bahnhofstr. 15.

Diejenige Person, welche den schwarzbraun-karierten

Damenmantel

aus meinem Korridor mitgenommen hat und erkannt worden ist, wird hierdurch aufgefordert, den Mantel sofort wieder abzugeben, andernfalls ohne weiteres Anzeige erfolgt.

Ferdinand Bender.
(Am Bahnhof).

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 17. November (25. n. Trinitatis)

Herborn:

10 Uhr: Hr. Pfr. Weber
Lieder: 32, 256

1 Uhr: Kindergottesdienst
2 Uhr: Hr. Bikar Ströder
Lied 245.

Abends 8 1/2 Uhr:
Versamml. im Vereinshaus

Burg:

1 Uhr: Kindergottesdienst
Andorf:

2 Uhr: Hr. Pfr. Conradi
Ufersdorf:

4 Uhr: Hr. Pfr. Conradi
Hirschberg:

2 Uhr: Hr. Pfr. Weber
Heil. Abendmahl.

Tausen und Trauungen:
Hr. Dek. Prof. D. Haußen.
Mittwoch, den 20. Nov.

Buß- u. Betttag.

Dankagung.

Für die vielen Beweise von Liebe und Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Verstorbenen sagen wir allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Burg, den 15. November 1918.

Frau Eina Wallenfels,
geb. Freimüller.